

# Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.  
 Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Er scheint alle 14 Tage Sonntags.  
 Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr.  
 Einzelnummer 15 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:  
**Ernst Voersch,**  
 Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Inserate, die 3 gepaltene Zeilen  
 Seite 30 Pfg.  
 Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pfg.  
 Bei Wiederholung Ermäßigung.

**Nr. 19.** | **Berlin, den 22. September 1901.** | **5. Jahrg.**

## An die Arbeiter der deutschen Gaswerke!

Wie wir bereits bekannt gegeben haben, haben wir uns gezwungen, den geplanten Gasarbeiter-Kongress auf unbestimmte Zeit zu versetzen, da bisher nicht im Entschiedensten die Gelder eingelaufen sind, welche zur Bestreitung der Unkosten derselben gebraucht werden.

Bisher haben folgende Filialen, welche an dem Kongress interessiert sind, noch gar keine Gelder für denselben an den Verbands-Vorstand abgeliefert: Berlin I (Müllerstr.), Berlin Ib (Wilschinerstr.), Berlin VI (Katernen-Angländer), Berlin IX (Königs-Asienstr.), Berlin X (Hörsingstr.), Breslau, Gedenigt, Hamburg, Karlsruhe, Leipzig, Lubowitsch a. d. S., Magdeburg III, Mannheim I, Mannheim II, Nürnberg, Nordf., Schmarzberg, Sieditz.

Es ungenügend müssen die eingesandten Gelder von Magdeburg I, Berlin Ia, Stuttgart und Mainz betrachtet werden.

Wir können nur nochmals hier erklären, daß wir nicht eher einen bestimmten Termin für die Tagung des Kongresses festsetzen werden, bevor nicht anderwärts die notwendigen Gelder zusammen sind.

Wir werden ferner dafür Sorge tragen, daß Filialen, welche gar keine oder nur ungenügende Gelder einbringen, der Zutritt zum Kongress verweigert wird. Die bedauerliche Tatsache, daß der Kongress aus Mangel an den notwendigen Mitteln verlegt werden mußte, ist unserer Meinung nach bei den meisten Filialen auf Nachlässigkeit in der ganzen Sache zurückzuführen. Wenn die Filialen Bremen 105 bis 121, bis vor zum Kongress gekommen, so müssen die anderen Filialen auch ähnliche Mängel vermeiden können.

Wir geben uns daher der Hoffnung hin, daß nun endlich die gemachten Filialen ihre Pflicht erfüllen werden. Die Kongressgelder sind an **Er. Voersch,** Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25, abzugeben.

**Der Verbands-Vorstand.**  
 J. A. v. Br. Voersch.

## Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1900.

Im Korrespondenzblatt der Generalkommission wird geben die Statistik für das halbjährige Jahr 1900 bekannt gegeben, wonach das verfloßene Jahr den modernen Gewerkschaften nicht bloß einen neuen Zuwachs von nahezu 100 000 Mitgliedern brachte, sondern auch ihre finanzielle Vermögenslage in ganz wesentlicher Weise verbesserte. Einem von Paul Lindbergh verfaßten Auszuge aus der 1900er Arbeit des Kongresses entnehmen wir das folgende: Während im Jahre 1899 in 55 auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Zentralverbänden 580 473 Mitglieder organisiert waren, betrug die neueste Statistik für 1900 von 680 497 Mitgliedern in 58 Organisationen, und seit dem Jahre 1893, das mit 223 590 Gewerkschaftsmitgliedern im höchsten Stand aufwies, hat sich die Mitgliederzahl sogar verdreifacht.

Die nachstehende Tabelle verdeutlicht diese Entwicklung der Gewerkschaften von dem Jahre 1891. Dem Zeitpunkt der ersten regelmäßigen Statistik. Sie zeigt es zum Jahre 1893 einen Rückgang an Mitgliedern und an da ab einen stetigen Fortschritt der Mitgliederzahl im Verlaufe der Jahre. Die Zahl der Organisationen ist um 3 gezeugen.

Jahr	Zentral-Organisationen	Mitgliederzahl	Davon weibliche Mitglieder	An Vorkas vereinen etwa	Zusammen	Zahl der Berufsgruppen, die betriebsmäßig sind
1891	62	277 659	4 355	10 000	287 659	13 000
1892	56	237 094	4 355	7 640	244 739	29 700
1893	51	228 530	5 384	6 280	229 810	26 526
1894	54	246 494	5 261	5 550	252 044	194
1895	53	259 175	6 097	10 781	269 956	11 801
1896	51	329 230	15 245	5 468	335 088	-
1897	56	412 359	14 644	6 803	419 162	-
1898	57	493 742	13 181	17 600	511 243	-
1899	55	580 473	19 280	15 946	596 419	-
1900	58	680 427	22 844	9 880	690 287	-

Die Zahl der Mitglieder lokaler Gewerkschaften, soweit sie sich aus der Arbeiterbewegung bilden, weist seit dem Vorjahre in einem Rückgang von 15 946 auf 9880 auf, in der hauptsächlich bedingt durch den Anstieg der lokalen Handelsbetriebsvereine an den Zentralverband dieses Berufes.

Außer diesen Organisationen giebt es noch drei Gruppen von Organisationen gewerkschaftlichen Charakters. Die deutschen (D. T.) Gewerkschaften zählten im Berichtsjahre 91 681 Mitglieder (gegen 86 777 im Jahre 1899); ihre Zunahme betrug nur 5,62 pCt. Die christlichen Gewerkschaften umfassen noch einer von der Zentralkommission betriebenen im Juni d. J. veröffentlichten Statistik in 35 Organisationen 159 770 Mitglieder (gegen 112 160 im Vorjahre). Bei dieser allgemeinen Zunahme um 47 610 ist aber zu berücksichtigen, daß diese Statistik zwei im vorigen Jahre als „unabhängig“ gezählte Organisationen umfaßt (Steigerländer u. S. Arbeiter-Verarbeiter und Verein oberösterreichischer Arbeiter) mit 10 200 und 15 004 Mitgliedern. Rechnet man daher die tatsächliche Zunahme mit 22—25 000 Mitgliedern, so ist dies angeht die diesen Organisationen zu Gebote stehenden Agitationsmittel und der großen Zahl wirklich beschäftigter Arbeiter durchaus kein glänzendes Ergebnis.

Endlich kommen als letzte Gruppe noch jene unabhängigen Organisationen in Betracht, die mehr oder weniger gewerkschaftliche Aufgaben haben. Die Generalkommission ermittelte 21 derselben mit 53 717 Mitgliedern. Die gesamt in Gewerkschaften Deutschlands umfassen also die folgenden Gruppen:

Organisationsgruppen	Mitgliederzahl		Prozent-Verhältnis der Mitgliederzahlen	
	1899	1900	1899	1900
Gewerkl. Zentralv.	580 473	680 427	67,15	68,35
lokale Vereine	15 946	9 880	1,86	1,01
D. T. Gewerkschaften	86 777	91 681	10,04	9,20
Christl. Gewerkschaften	112 160	159 770	12,97	16,05
Unabhängige Vereine	68 994	53 717	7,98	5,39
	864 360	995 435	100,0	100,0

Die Mitgliederzahlen der unabhängigen Vereine sind als Minimalzahlen zu betrachten, da über einige Vereine dieser Gruppe die entsprechenden Ziffern pro 1900 nicht zu erlangen waren. Da sonach die Mitgliederzahl dieser Gruppe sich leicht um 4000 bis 5000 erhöhen könnte, so würden also im Jahre 1900 rund eine Million Arbeiter gewerkschaftlich organisiert gewesen sein, von denen nahezu 7/10 der modernen Arbeiterbewegung angehören. Gegenüber dem Anfang des vorigen Jahres ist ein solcher Erfolg zwar denen mehrfachen Anstiege darauf hin, daß im laufenden Jahre eine gleiche Zunahme an Mitgliedern nicht zu erwarten, sondern ein Stillstand zu verzeichnen sein wird; selbst ein vorübergehender Rückgang ist nicht ganz ausgeschlossen, da am Jahreschlusse 1900 bereits 11 Organisationen einen Mitgliederstand unter dem Jahresdurchschnitt aufwiesen. Doch ist diese Erscheinung nicht mehr so beunruhigend wie Anfangs der 90er Jahre, da seitdem fast sämtliche Organisationen so weit erstarkt und durch innerer Einrichtungen befestigt sind, daß eine Mitgliederflucht, wie damals, nicht mehr zu befürchten ist.

Von den einzelnen Zentralverbänden hat der Metallarbeiterverband als erster und einziger die Zahl von 100 000 Mitgliedern überschritten, er zählt 100 762 Mitglieder. Ihm folgen die Verbände der Maurer mit 82 964, Holzarbeiter 73 972, Bergarbeiter 36 420, Textilarbeiter 34 333, Fabrik-, Fabrik- und gemeindliche Hilfsarbeiter 30 847, Buchdrucker 24 838, Zimmerer 25 272, Schuhmacher 19 288, Tabakarbeiter 18 500, Bauarbeiter 17 901, Handele-, Transport- und Verkehrsarbeiter 17 006, Schneider 16 639, Galvaniker 11 414, Brauer 11 410, Maler 10 906, Buchdrucker 10 447, Steinmetzen 10 000, Porzellanarbeiter 9 280, Holzer 9 153, Glasarbeiter 7 101, Tischler 6 881, Autohelfer und Steinmetzen 6 811, Maschinen- und Heizer 6 640, Müller 5 582, Schmiede 5 500, Verarbeiter 4 799, Bäcker 4 585, Mitharbeiter 4 543, Tapezierer 4 437, Steinleger 4 195, Gemeindebetriebsarbeiter 4 030, Sattler 3 927, Wein- und Bierarbeiter 3 543, Kupferarbeiter 3 432, Handlungsmacher 3 126, Dachdecker 3 169, Seiler 2 898, Gärtner 2 772, Guttmacher 2 629, Stulleiter 2 250, Schiffbauarbeiter 2 009, Müller 1 596, Maschinenhilfsarbeiter 1 470, Buchdruckerhilfsarbeiter 1 462, Bergarbeiter 1 352, Graveure und Zeichner 1 189, Zigarrenarbeiter 1 034, Handwaarenarbeiter (Kürschner) 900, Konditionen 786, Handlungsgehilfen 760, Barbieren 464, Vagabunden 436, Bureauangestellte 404, Hornschneider 384, Wäcker 368, Fleischer 254 und Maschinisten 179.

Einen Rückgang an Mitgliedern weisen nur vier Organisationen auf, nämlich die Barbieren (um 412), Verarbeiter (570), Stulleiter (500) und Textilarbeiter (3284). Bei den Barbieren tragen Vernachlässigungen in der Zentralverwaltung, bei den Verarbeitern unglückliche Schritte, bei den Stulleitern Absplitterungen zu Sondervereinen die Schuld, während die bedeutende Abnahme im Textilarbeiterverbande lediglich auf das Konto der wirtschaftlichen Krisis zu legen ist.

Die Organisationsformen der weiblichen Arbeiter schwanken in den 21 Verbänden, die weibliche Mitglieder aufweisen, zwischen 0,10 pCt. (Handlungsgehilfen und Vagabunden) und 22,50 pCt. (Buchdrucker) der Organisationsformen. Den letzteren kommen nur die Schuhmacher (20,31 pCt.), Buchdruckerhilfsarbeiterinnen (12,15 pCt.) Metallarbeiter (11,37 pCt.) und Tapezierer (10,57 pCt.) nahe. Auf dieser Seite der Gewerkschaftsbewegung muß sich noch Besseres zeigen, wenn die Teilnahmslosigkeit der Arbeiterinnen nicht die Errungenschaften der Organisationen aufwiegen soll. Aber, wie sich der Schwierigkeiten auf diesem Gebiete wohl bewußt ist, der wird auch die geringen bisher erreichten Fortschritte nicht unterschätzen.

Im höheren Maße wie die Mitgliederzahl stetig sich im Berichtsjahre die Gesamtmitgliedschaft der Zentralverbände; während jene um 17,23 pCt. zunahm, vermehrte sich diese um 22,98 pCt. seit dem Vorjahre. Nicht minder stiegen die Gesamtausgaben, nämlich um 25,37 pCt., welche Zunahme aber nicht allein vorwiegend die Streifenunterstützung trifft, sondern sich nahezu auf alle Verbandsausgaben verteilt. Im Berichtsjahre verzeichneten die Zentralorganisationen 9 454 075 Mk. (gegen 7 687 154 Mk. im Jahre 1899). Die Einnahmen haben sich um fast 2 Millionen Mark erhöht. Die Ausgaben betragen im Berichtsjahre 8 088 021 Mk. (gegen 6 450 876 Mk.) eine Zunahme um beinahe 1 1/2 Millionen. In beiden Steigerungsrichtungen wird man die erhöhte Steuerkraft und Leistungsfähigkeit der Zentralverbände erkennen.

Wie sich die Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Jahren seit dem Jahre 1891 gestaltet, zeigt die nachstehende Tabelle. Zu bemerken ist dazu, daß in den ersten der angegebenen Jahre die Angaben sehr unvollständig waren, und daß auch in den letzten Jahren vielfach noch Einnahmen für lokale Zwecke gemacht sind, die in der Gesamtmitgliedschaft nicht verzeichnet wurden.

Es verzeichnet:		
1891	49 Organisationen	1 116 588 Mk.
1892	46	2 031 922
1893	44	2 246 366
1894	41	2 685 564
1895	47	3 036 808
1896	49	3 616 444
1897	47	4 088 696
1898	51	5 508 667
1899	55	7 687 154
1900	58	9 454 075
	Summa	41 467 219 Mk.

  

Es verausgabten:		
1891	47 Organisationen	1 606 534 Mk.
1892	50	1 786 271
1893	44	2 036 025
1894	44	2 135 606
1895	48	2 488 015
1896	50	3 323 713
1897	53	3 542 807
1898	57	4 279 726
1899	55	6 450 876
1900	58	8 088 021
	Summa	35 787 694 Mk.

Im Jahre 1900 betragen die einzelnen Ausgabearten:

Verbandsorgan	in 56 Organisationen	713 338 Mk.
Agitation	56	280 859
Streiks im Beruf	46	2 563 398
Sitzes in anderen Vereinen	43	62 244
Kontakts	48	68 498
Gewerkschaftenunterstützung	32	97 092
Rechtsunterstützung	40	461 025
Arbeitslosenunterstützung	19	501 078
Krankensunterstützung	18	656 026
Unfallunterstützung	2	113 530
Sonstige Unterstützung	38	206 459
Stellenvermittlung	9	4 335
Sonstige Zwecke	52	390 793
Konferenzen und Generalversammlungen	39	115 037







# Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 19.

Berlin, den 22. September 1901.

5. Jahrg.

## Städtische Arbeiterpolitik in Dresden.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Wir müssen uns immer wieder mit den Arbeitsverhältnissen der hiesigen städtischen Arbeiter befassen, selbst auf die Gefahr hin, für Rädler gehalten zu werden. Den städtischen Arbeitern bleibt kein anderes Mittel, gehört zu werden, als die Furcht in die Öffentlichkeit. Nur so können sie sich an den oberen maßgebenden Stellen Gehör verschaffen. Und zwar so, daß man endlich auch auf die Klagen dieser Arbeiter etwas gibt, sie auf ihre Nichtigkeit hin prüft und untersucht, und event. Abhilfe schafft. Den städtischen Arbeitern steht aber zu diesem Zwecke kein anderes Mittel zur Verfügung, als die Arbeiterpresse.

Wir haben erst in den letzten Tagen auf Wünsche der verschiedensten Art in städtischen Betrieben hingewiesen, und jetzt geben uns schon wieder Klagen von maßgebender Seite zu. Diese beziehen sich besonders auf Arbeiterentlassungen. Diese nehmen, wie man uns mitteilt, in großem Umfang zu. Vor etwa vierzehn Tagen wurde demnach bei der jüngsten Inspektion des Tiefbauamtes die größte Zahl der Arbeiter entlassen. Seit voriger Woche wird angeblich den Arbeitern beim Rohlegen für Gas und Wasser je fünfzig, 30 Mann sind schon davon betroffen, andere sollen noch folgen. Auch im Elektrizitätswerk spart man an Leuten fast über die Möglichkeit hinaus. Manche Arbeitern wurde gesagt, sie sollen in etwa 14 Tagen wieder nach Arbeit fragen, aber die Entlassenen haben nach Lage der Sache wenig Hoffnung auf Wiederannahme. — Man sagt den Arbeitern, die Entlassungen wären nicht zu umgehen, andererseits theilt man uns aber mit, daß 3/4 die meisten Schleusenbauten an Privatunternehmer vergeben werden. Ja, warum denn das? Und wenn man etwas sagen will, daß der Privatunternehmer ja auch Arbeiter braucht, so ist damit die hier geführte Arbeiterpolitik der städtischen Betriebe ganz und gar nicht entschuldigbar. Ein Arbeiter, der in der heutigen Zeit arbeitslos wird, vermehrt zunächst die große Zahl der Arbeitslosen, und er muß schon viel Glück haben, wenn er gleich wieder Arbeit bekommt. Ein solcher Standpunkt ist ein städtisches Betriebsdoppelt unmöglich in Zeiten wirtschaftlichen Glanzes, wo es jetzt herrscht. Gerade da müssen und sollen die Verwaltungen der Gemeinden eintreten, um nach Möglichkeit Arbeit zu schaffen. Thatsächlich sehen wir auch, daß in vielen Gemeinden die Behörden Verständnis und guten Willens zeigen. In vielen Gemeindevorwaltungen hat man dazu Stellung genommen, vor kurzem erst in Dresden's nächster Umgebung in einigen Orten. Man sucht Arbeit zu schaffen, um Wohl im Glanz zu mildern. — In Dresden aber entläßt man die Arbeiter. Und es könnte in einem so großen Gemeinwesen bei einem guten Willen schon viel getan werden.

Es ist unergreiflich, daß man hier so außerordentlich wenig Berücksichtigung für diese Seite der sozialen Frage zu haben scheint. Oder läßt man etwa die uneren Beamtenden nach ihrem Würdigen schalten und walten? Das ist doch wohl nicht gut anzusehen. Wenn es aber doch so läge, dann ist es doppelt nötig, daß die Öffentlichkeit und die oberen Beamten auf diese Dinge hingewiesen werden. Und niemand wird dankbarer sein als die Arbeiter selbst, wenn sie sehen, daß ihr Appell nicht vergeblich ist. Mit Mühen, Beschwerden und Eingaben haben sie es ja oft genug versucht, aber ohne nennenswerten Erfolg.

## Arbeiter-Daushalt und Kornzölle.

Von einem jungen Nationalökonom Paul Rombert ist bei Quinzy jülicher in Jena eine Broschüre über „Die Belastung des Arbeiter Einkommens durch die Kornzölle“ erschienen. Ihr Verfasser hat 75 verschiedene Arbeiterbudgets untersucht, um daraus festzustellen, wie hoch der einzelne Arbeiter und die ganze Arbeiterfamilie nach Abgabe ihres tatsächlichen Konsums belastet wird. Er mußte sich dabei mit bestergetesteten Arbeitern begnügen, da es bei der großen Masse der Arbeiterfamilie unmöglich ist, genau geführte Haushaltsberechnungen zu erhalten. Das Resultat, das er auf diesem der Wirklichkeit möglichst nahe gerähten Weg erhalten hat, ist in Kürze folgendes:

Derjenige der heutige Zoll von 850 Mt. belastet einen der besagten Arbeiter mit 1285 Mt., einen anderen mit 101 Mt. seines Einkommens. Eine der unterrichteten Familien zählt bereits heute eine Brautruhe von 72,31 Mt., eine andere mehr als den gebührenden Teil der Verdienste an die Agrarier. Die durchschnittliche Belastung der Familien beträgt bei dem heutigen Zolltag 81,70.

Das Durchschnittseinkommen der 75 bestgestellten Arbeiterfamilien beträgt jährlich 11.368 Mt.; dies entspricht einem täglichen Verdienst von rund 3,8 Mt. Bei dem heutigen Zoll also müssen die betrachteten Arbeiterfamilien von 800 Arbeitstagen 8 1/2 Tage arbeitslos, um die Provisoren auszubringen. Sollten die Forderungen durchgehen, so müßten die Arbeiter dagegen 16 1/2 Arbeitstage für die Agrarier frohden. Die Belastung liegt bei einem der Arbeiter auf 22,87 Mt., bei einem anderen auf 18,01 Mt., seiner Einnahmen, bei einer Arbeiterfamilie auf 129,28 Mt., bei einer anderen bis nahezu

20 Mt. ihrer Gesamtentnahmen. Dabei ist zu beachten, daß es sich hier lediglich um die Kornzölle handelt, daß also die Zölle auf Fleisch, Butter, Schmalz, Eier und sonstige Lebensbedürfnisse (Petroleum etc.) nicht inbegriffen sind. Jedenfalls zeigen die Zahlen, wie ernsthaft heute schon bei uns die Produktion durch die Zölle betroffen ist, wobei der agrarisch Einwand, daß die Zölle nicht immer voll im Preise zum Ausdruck kommen, als irrelevant dahingestellt bleiben kann. Die verheerende Wirkung ist auf alle Fälle vorhanden! Rombert macht auf die Folgen einer weiteren Verteuerung aufmerksam. Für die Arbeiter würde die Verschlechterung der Lebenshaltung für die Industrie Früchte ergeben, der Wettbewerbsfähigkeit bedeuten. Und für die Landwirtschaft wird es zweifellos zu einem Rückgang des Abfluges ihrer hochwertigen Produkte führen, an deren Stelle die minderwertige Art. setz tritt.

## Arbeiter und Arbeitgeber.

Das Thema „Arbeiter als Arbeitgeber“ ist in der letzten Zeit vielfach in der Öffentlichkeit behandelt worden.

Dabei sind auch wohl die Ausführungen von Interesse, die der bekannte Arbeitersekretär, Reichs- und Landtagsabgeordneter W. Zsig, diesfalls auf der letzten Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes machte.

Er sagte: Nun noch ein paar Worte über die Bezahlung der Beamten. Der Vorstand hält einen Anfangsgehalt von 2000 Mt. im Jahre durchaus für nicht zu hoch, schädlich aber unter Berücksichtigung des Umstandes, daß sich jeder Beamten erst einarbeiten muß, vor. Bei Gehalt für diese Beamten mit 160 Mt. pro Monat im ersten Jahre beginnen zu lassen, bei der Aufstellung nach Ablauf dieses Jahres auf 180 Mt. pro Monat zu normieren und von da an eine monatliche Steigerung des Gehalts um 5 Mt. bis zum Höchstbetrage von 3000 Mt. per Jahr in Aussicht zu nehmen. Außerdem wären viele Beamten sicher zu stellen gegen Krankheit und Unfälle, gegen die Schäden der Invalidität und des Alters. Diese Bezahlung wird von verschiedenen Mitglieðern für zu hoch befunden, es haben sich mehrere Kollegen zum Teil in recht drastischer Weise in der „Metallarbeiter-Zeitung“ gegen diese hohe Bezahlung, insbesondere auch gegen die Verlorung im Alter und im Falle der Invalidität ausgesprochen. Der Vorstand motiviert diese Gehaltsfala mit dem Behreben, einen Satz von tüchtigen und schaffungsfreudigen Beamten für unseren Verband heranzuziehen. Das wir tüchtige Beamte nötig haben, wird von Niemandem bestritten werden, der die Verhältnisse in der Gewerkschaftsbewegung kennt. In der That hat nicht leicht ein anderer Beamter so viele und so schwierige Aufgaben zu erfüllen, wie ein Gewerkschaftsbeamter. Es genügt nicht, lesen und schreiben zu können, diese Hauptleistungen müssen aber ein gewisses Maß von allgemeinen Kenntnissen und sozialpolitischen Bildung verfügen, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen. Die vom Vorstand ist Aussicht gestellt, Honorierung erreicht nicht die Summe, welche Gemeinde und Staat ihren Subalternbeamten bezahlen; obwohl dieser Kategorie von Staats- und Gemeindebeamten nicht im Entferntesten ein solches Maß von Arbeit und Verantwortung zugemutet wird, wie unseren Beamten. Wenn Staats- oder Gemeindebeamte, wenn Privatangestellte ihre Bureauzeit absolviert haben, sind sie ihr eigener Herr, sie haben Ferienurlaub. Für die Gewerkschaftsbeamten beginnt dann erst der schwere Versammlungsdienst, der sich oft bis nach Mitternacht erstreckt und ihnen den so notwendigen Schlaf raubt. Der Gewerkschaftsbeamte hat selten einen freien Sonntag, selbst an hohen Festtagen ist der Beamte durch den Versammlungsdienst in Anspruch genommen, Generalversammlungen, Bezirkskonferenzen finden in der Regel an den Weihnachts-, Oster- oder Pfingstfesttagen statt. Und welche Verantwortung haben diese Beamten bei Lohnbewegungen, wieviel Aufregungen und Unannehmlichkeiten müssen sie über sich ergehen lassen! Wieviel Demütigungen müssen sie auf sich nehmen bei den Verhandlungen mit den Unternehmern (Sehr richtig), was müssen sie sich nicht alles gehen lassen, 3/4 nach einem verlorenen Streit!

Dennoch kann man noch vielfach eine Eingelächelung ihrer Ehrlichkeit seitens der Arbeiter beobachten, die empörend und kränkend ist. Die Goldstücke der meisten Gewerkschaftsführer ist eine wahre Lebensversicherung; zum Maß der Unternehmung, zur Verfolgung des politischen Gegners gefügt sich häufig noch der Ansehen und die Vermögenssicherung in dem eigenen Heilgen. (Wobaike Zustimmung!) In dem unangenehmen Vorwurfe, daß die Gewerkschaftsführer sich von den Forderungen der Arbeiter trennen, wird vielfach allzuvergnügt oder laut jubelnd selbst unerschütterlich Arbeiter eingeschlimmt. (Sehr richtig!) Ist es da ein Wunder, wenn so viele tüchtige und brauchbare Kräfte es vorgezogen, als Vorarbeiter, Werkmeister oder Kompositionen den Unternehmern zu dienen, anstatt ihre Arbeitskraft der gewerkschaftlichen Organisation zu widmen? Da wissen die englischen Gewerkschaften die Tüchtigkeit ihrer Beamten doch mehr zu würdigen. Im Vergleich zu unseren Angestellten sind die Angestellten der englischen Gewerkschaften für sich selbst. Gehälter bis 10.000 Mt. jährlich sind bei englischen Gewerkschaftsvorständen keine Seltenheit. Mögen auch die Verhältnisse in Deutschland anders liegen als in England, so ist doch die Befolgung der englischen Gewerkschaftsführer verhältnismäßig eine weit bessere als die der deutschen. Die englischen Gewerkschaften schicken ihre Vorstände vielfach in fremde Länder, um durch Augenzeugenberichte fremder Verhältnisse Vorteile für ihre eigenen Organisationen zu gewinnen. So hat der englische Genosse Barnes zu diesem Zweck eine Reise nach Deutschland unternommen; Barnes war Monate lang im Auslande, um die Industrie- und Arbeiterorganisationsverhältnisse der verschiedenen europäischen Länder kennen zu lernen. Auf dem internationalen Pariser Kongress wurde ich gebeten, die Führung englischer Metallarbeiterdelegationen durch Deutschland zu übernehmen, die 6-wöchige Reise, sich zwei Monate auf Kosten ihrer Organisation zu Informationszwecken im Auslande aufzuhalten. Bei uns befürchtet man, der Gewerkschaftsbeamte werde schon das Klassenbewußtsein verlieren, wenn er so gestellt wird, daß er nicht Tag für Tag mit Nahrungsfragen zu kämpfen hat. Und doch ist in Deutschland zu solchen Bedenken gar kein Grund vorhanden. Wo sind denn die Renegaten unter den deutschen Gewerkschaftsführern, die die Arbeiterinteressen verraten haben? Mir ist nicht ein Fall bekannt, der diesen schimpflichen Verdacht begründen könnte. Wenn die und da ein Gewerkschaftsbeamter irrauschelte, so ist es in der Regel auf den Umstand zurückzuführen, daß die Leute, für ihre Verhältnisse, eben zu schuldig bezahlt waren. Gerade durch die ungenügende Bezahlung ist mancher sonst brave Genosse zum Verbrecher geworden.

Ich verheie es ja, wenn ein Arbeiter, der wöchentlich 20 Mt. oder weniger verdient und davon eine Familie mit fünf Köpfen zu ernähren hat, ungehalten ist, wenn er seinen Angestellten 2000-3000 Mt. im Jahre zu zahlen hat. Sie streben aber doch danach, daß jeder Arbeiter eine sorgenfreie Existenz erlangt; wie kann der Arbeiter von dem Unternehmern verlangen, was er seinen eigenen Angestellten verweigert? (Sehr gut!) Wird der Arbeiter von seinen Forderungen ablassen, wenn der Unternehmer sagen würde, er sei selbst so schlecht gestellt, daß er diese Forderung nicht bewilligen könne? Mir möchten, der Arbeiter wird eben dahin gehen, wo ihm bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gemährt werden. Gewiß, wir sind verpflichtet, für unsere Ideale, Opfer, große Opfer zu bringen; unsere Beamten stehen in dieser Beziehung keinem anderen Genossen nach; aber, man begnüge sich doch damit, wenn die Leute ihre Grundbedürfnisse frühzeitig zum Opfer darbringen und verlange nicht, daß auch ihre Familien darben sollen. (Sehr richtig!)

Der Arbeiter als Arbeitgeber ist in der letzten Zeit eintragsmäßig in Beruf gekommen, die Vorgänge in einzelnen Konsumvereinen, in mehreren Ortskrankenkassen, soweit es sich dabei um Lohnverhältnisse der Bureaubeamten und Angestellten handelt, haben die beste Freude der Unternehmung und ihrer Presse erregt, man sucht daraus nachzuweisen, daß in Arbeiterkreisen die Ausbeutungswuth so stark vorhanden ist wie bei den Unternehmern. Dieser Vorwurf ist ungeschicklich. Das sind Einzelscheinungen in der modernen Arbeiterbewegung, die man nicht der Gesamtheit zur Last legen darf, Erscheinungen, die einschüßlich sind angesichts der traurigen Lage, in der sich das Gros der deutschen Arbeiter befindet. Belastungswuth aber wäre es, wenn diese Strömungen Boden fassen würden. Das würde nicht nur unseren Grundfragen widersprechen, es wäre auch faktisch falsch; die Arbeiterbewegung selbst hätte den größten Nachteil, wenn durch Fernzüglerheit bei der Bezahlung der Beamten die besten Kräfte den Gewerkschaften ferngehalten oder von ihnen zurückgezogen würden.

Wir hoffen, daß diese Worte auch insbesondere von jenen Berliner Mitgliedern bederzigt werden, welche sich erst kürzlich in sehr unklarer Weise über die sich massenden Beamten unseres Verbandes ausgesprochen.

## Nach ein Wort in Sachen der Krankengeld-Zusatzkassen.

Bei dem Verbands-Vorstande sind mehrere Schreiben eingelaufen, welche darüber Nachrede führen, daß derselbe nicht dem Ausnahmefalle in eigenmächtig gehandelt hat, indem er ohne die Mitwirkung zu betragen, die Leistungen der Kasse herabsetzte.

Gewiß, rein formell betrachtet, hat der Verbands-Vorstand nicht richtig gehandelt, doch der ruhige Prüfung der Sachlage wird man wohl zugeben müssen, daß die Handlungsweise derselben im weitesten Interesse der Krankengeld-Zusatzkassen lag.

Wie ich schon in der vorigen Nummer mittheilte, treten bei der Geschäftsjahre der Kasse immerhalb weniger Tage soviel Anträge auf Zulassung ein, daß nicht nur das gesamte Paardvermögen verausgabt wurde, sondern Anträge in der Höhe von 500 Mt. nicht berücksichtigt werden konnten, da kein Geld mehr da war. Innerhalb

temb  
III.  
Bemert  
Beltern  
Krieg.  
sch-  
lieb  
ab.  
DI.  
Qualität  
Gehalts  
2  
9-42  
7-05  
5-20  
4-36  
3-54  
3-39  
3-39  
4-06  
5-17  
8-64  
3-95  
5-74  
1-28  
4-11  
4-18  
6-18  
9-35  
8-45  
1-09  
2-52  
2-30  
3-81  
1-04  
3-42  
1-43  
5-20  
5-70  
0-99  
2-46  
7-74  
7-73  
7-17  
9-04  
9-05  
3-53  
3-4  
4-84  
7-17  
6-53  
Einleitung  
Arbeit  
Beimplay

weniger Tage" war also nicht nur das gesammte Baarvermögen aufgebracht, sondern auch noch 600 Mark Schulden waren hinzugefügt.

Die der Verbands-Vorstand erst die Mitglieder befragt, eine Urabstimmung angeordnet, so war unterdessen die Kasse gänzlich zusammengebrochen. Nach dem Statut muß zwischen der Versammlung der Urabstimmung und dem Erdmörten derselben mindestens eine Frist von zwei Monaten liegen. — Also mindestens zehn Wochen hätte die Kasse ihre Zahlungen gänzlich einstellen müssen, das wäre aber ihr gänzlicher Zusammenbruch gewesen.

Deshalb mußte der Verbands-Vorstand das gegenwärtige Provisorium im Interesse der Kasse schaffen.  
Dr. Poersch.

### Erklärung.

In Nr. 18 der „Genossenschaft“ ist ein Versammlungsbericht von der Fittale Mannheim III enthalten, der sich unter Anderem mit dem Reichstagsabgeordneten Dreesebach und meiner Wenigkeit beschäftigt. Der Verbandskollege Sotta soll nach demselben behauptet haben, daß er von Dreesebach bei dem Verbands-Vorstande angefragt worden sei.

Diese Behauptung entspricht keineswegs den wahren Thatsachen. — Sotta hatte in Mannheim Versammlungen und in Briefen an uns mitgeteilt, daß die sozialdemokratischen Stadträte in Mannheim für seine Maßregelung gestimmt hätten. Im Interesse unserer Bewegung lag es nun, zu erfahren, ob diese Behauptung den wahren Thatsachen auch entsprechend war. Wir haben daher Dreesebach, der zugleich in Mannheim Stadtrat ist, um nähere Aufklärung.

Es ergab sich dann, daß Sotta in seiner bekannten leidenschaftlichen Weise wieder einmal Behauptungen aufgestellt hatte, die dem wahren Sachverhalt geradezu ins Gesicht schlugen. Gerade die sozialdemokratischen Stadträte waren es gewesen, welche sich in der Sitzung des Gemeinderates energisch gegen die beabsichtigte Maßregelung ausgesprochen hatten. — Wenn dann Dreesebach uns noch Einiges über die später aus ganz besonderen Gründen erfolgte Entlassung Sotta's mitteilte, dann kann hier von keiner Aufschwärzung die Rede sein. Dreesebach hat uns nur auf eine an ihn gerichtete Anfrage Bescheid erteilt.

Auf die Anschuldigungen eingegangen, welche Sotta gegen mich erhebt, dazu verpüre ich keine Zeit. Meine Zeit ist mir zu kostbar, um sie mit solch unnützen Streitereien, wie sie Sotta Tag für Tag betreibt, zu vergeuden.  
Dr. Poersch.

### Eingelaut.

#### Wer ist Herr Hermann?

Es sind wiederholt Briefe an Herrn Straßen-Inspektor Brändner gelangt worden, worin sich vielleicht mehrere Leute beschwert haben, gegen die wohl- und schöne Behandlung, die Herr Straßenwärter Hermann seinen Begleitern auf freier Straße angedeihen läßt. Nun stellt sich Herr Hermann, weil er dies nicht darüber zu Rede gestellt worden ist, trotzdem noch beleidigt. Er verheißt es, sich verschiedenen Arbeitern gegenüber als schuldloses Vämchen hinzustellen und sich zurückzuziehen, das heißt gegen seine Ehre und lieben Kinder aber die Fleder bringt er nicht weg.

Bekannt ist, daß Herr Hermann ein grimmiger Feind seiner Vertriebenen Arbeiter ist, wofür wir die erwiderten Bemerkungen erbringen. Dieses wissen jene Kollegen, deren ganzes Dichten und Trachten danach geht, bei Herrn Hermann lieb und fein zu werden. Sie würden Herrn Hermann vielleicht auch einen bestimmten Körperpreis stellen, wenn er dieses von ihnen verlangte.

Und nun zu Herrn Hermann selbst. Herr Hermann sind Sie es nicht gewesen, der uns im Frühjahr bei den neuen Leuten, die Sie jetzt noch haben, in der unkonventionellen Weise verbodt und den Leuten verboten hat, mit uns zu sprechen und gesellschaftlichen Verkehr zu pflegen? Es gehört schon eine bedeutende Dosis Charakterlosigkeit dazwischen, daß die Arbeiter gegen Sie zu diskreditieren. Sie haben auch nicht das geringste Recht, sich um das Privatleben der Leute zu kümmern.

Wer war es, der uns im vorigen Jahre auf dem Schlachthof als Anarchisten, Sozialdemokraten und Aufwieglers hinstellte? — Doch Sie, Herr Hermann. Können Sie uns das beweisen? Wissen Sie überhaupt, was die Worte zu bedeuten haben? Unserer Ansicht nach wissen Sie das nicht. Herr Hermann, sind Sie nicht derjenige, der die Arbeiter mit dem Schmeichelnamen Faulenzer und freche Gallanten tituliert und den Arbeitern droht: „Wenn ich (Hermann) nochmals Unannehmlichkeiten von Herrn Ober-Strassenmeister Erich wegen bekomme, dann giebt's Feuerlamme, dann brennt's!“ Was Sie damit meinen, wissen wir genau: dann giebt es Strafzettel, dann giebt's Maßregelungen usw. Durch Sie sind doch die Leute erst zu Faulenzern geworden.

Sind Sie es nicht, Herr Hermann, der sich hinter die Bäume versteckt, die Arbeiter von dort aus belauscht und dann plötzlich hervorkommt und auf der Straße Straß macht?

Herr Hermann, haben Sie nicht oft schon Szenen auf freier Straße verlangt, die jeder Beschreibung spotten, so daß die Leute schamrot bis hinter Ohren vergelassen sind? Ich will nur erinnern an den Fall Börner, Richter und Schiffer.

Und angesichts dieser erdrückenden Beweise und Thatsachen, da wasagen Sie es noch, Herr Hermann, sich als unschuldiges Lamm hinstellen zu wollen? Nein, Herr Hermann, wer Sie kennt, der laßt Sie nicht.

Behandeln Sie uns, verehrtester Herr, gerecht und wie es Menschen zukommt; unterlassen Sie die fortgesetzte Agitation gegen die Arbeiter. Wessen Sie jenen Subjekten, die sich bei Ihnen lieb und machen wollen und dies mit den gemeinsten Mitteln zu erstreben suchen, die Ihr.

Sie kennen doch jedenfalls das Sprichwort: „Sage mir mit wem Du umgehst, und ich will Dir sagen, wer Du bist.“

Daß wir mit Arbeitern, denen jeder Funke von Moralität fehlt, nicht gesellschaftlichen Verkehr pflegen und ihnen Umgang meiden, das kann uns doch Niemand abelernen!

In allen gesellschaftlichen Kreisen werden jene Elemente verachtet, die durch Kriecherei und Liebedienerei ihre Erkennung zu stiften und zu verbessern suchen.

Auch wir besitzen Standes- und Ehrgefühl und verachten diese moralisch durch und durch deserten Kollegen. Hierauf scheint Herr Hermann besonders viel zu geben. Das erhebt daraus, daß immer ein- und dieselben Leute des Sonntags Vormittags ausgehen, d. h. nach der Kirche gehen dürfen, und re Personen dagegen arbeiten müssen. Auf etwaige Beschwerden erklärte Herr Hermann: „Ich muß die Leute berücksichtigen, die am wenigsten Lohn haben.“

Das heißt: Diejenigen, die keine Kinder mehr zu ernähren haben, und diejenigen, die als re und Invalidenten-rente beziehen, arbeiten auch Sonntags Vormittags, Familienober werden hiervon ausgeschlossen. Eine nette Anschauung.

Wir hoffen nun, daß die oberen städtischen Behörden im Hinblick auf diese ganze Schändliche eine eingehende Untersuchung veranlassen und zu diesem Zweck nicht nur Herrn Hermann und seine lieben Kinder vernehmen werden, sondern alle Personen, die dabei in Frage kommen.

Wir hoffen ferner, daß Herr Hermann die gefällige, schloße Behandlungswiese den Arbeitern gegenüber seitens der zuständigen Behörde unterzucht wird.

Weiter möchten wir noch bemerken, daß es wohl nicht haltbar ist, daß Herr Hermann während der Arbeitszeit stundenlang in der Aneipe sitzt, den Arbeitern aber bei event. Zutrittskommen mit Entlassung droht.

Mehrere städtische Arbeiter von Chemnitz.

### Aus den Gemeinden.

Von der Bauernschaft der Berliner städtischen Arbeiter. Der Vorstand der Bauernschaft hat dem Berliner Magistrat den Antrag unterbreitet, ihm Bauland eventuell in Erbbaupacht und billiger Bau- resp. Hypothekengelder zur Verfügung zu stellen. Ein Bescheid ist bisher nicht erfolgt, was wohl namentlich darauf zurückzuführen ist, daß bis zu Anfang dieses Monats Ferien für die Deputierten waren. — Auch an das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat der Vorstand einen Antrag dahingehend gestellt, der Bauernschaft ein Stück Forst in Friedrichshagen in Erbbaupacht zu überlassen. Der Forstbesitz beabsichtigt ein bestimmtes Stück Forst zu verkaufen, das sich zu Holzwerken sehr gut eignen würde. In Friedrichshagen gehört der größte Teil der Wasserwerksarbeiter der Bauernschaft an. — Die oberältesten Arbeiter hat der Vorstand bei der Deutschen Bank angelegt.

Vom Gasarbeiter-Verband. Der Verbands-Vorstand hat ein Flugblatt an die in den deutschen Gaswerken beschäftigten Arbeiter in der Höhe von 10 000 Exemplaren herausgegeben, welches die Bedeutung des geplanten Kongress' kurz behandelt und die Interessen zur Aufbringung der nötigen Mittel auffordert.

Ueber Arbeitsverhältnisse in dem Preussener städtischen Betriebe schreibt man der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ von unterrichteter Seite: „Was sich die Arbeiter jetzt von manchen Beamten und Aufsichtern gefallen lassen müssen, angefaßt der schlechten Lage des Arbeitsmarktes, das ist wohl der Dessenlichkeit preisgegeben zu werden. Vom Aufseher T. (Telebauamt) wurde vor kurzem ein Arbeiter entlassen, weil er mit einigen seiner Kollegen 10 Minuten nach Feierabend zu Hause gegangen war, in der Meinung, es würde nicht verlesen, was aber nach diesem noch geschah. Die Arbeiter hatten von Nachts 12 Uhr bis Abends 7 Uhr gearbeitet. Alle Vorstellungen des Entlassenen bei höheren städtischen Beamten waren vergeblich. Einige Tage später wurde ein Arbeiter bei derselben Kolonne vom Inspektor V. angegriffen, als er sich ausruhte, was bei Erdarbeitern oft geschieht. Auf Befehl des Herrn Inspektors wurde der Arbeiter sofort entlassen; eine Vertreibung war dem Arbeiter nicht möglich, obgleich von seinem Aufseher zugestanden wurde, daß er einer der städtischen Arbeiter war. Herr V. ging kurze Zeit darauf auf Sommerurlaub. — Vorgesetzten müssen sich die Arbeiter gefallen lassen, welche zu einem anderen Aufseher geschickt werden. Wenn sich die Arbeiter beschweren wollen, so werden sie in der Regel bei den höheren Vorgesetzten nicht vorgelassen. Arbeiter-Ausschüsse wollen die städtischen Behörden nicht sehen, besonders wenn sie gewisse Beschwerden vorbringen; so bleibt den Arbeitern weiter nichts übrig als alles über sich ergehen zu lassen. — So können Unterbeamte und Poliere, wie es scheint, machen was sie wollen; das zeigt sich auch bei der Verschwendung der Arbeitszeit. So lassen verschiedene Poliere auf Arbeitsplätzen, welche ganz außerhalb des Verkehrs liegen, 11 Stunden arbeiten; am Hinduskanal (verlängerte Holzbohrstraße) läßt das Telebauamt 9 1/2, die Firma Dietrich u. Wittmann 11, 12 1/2 Stunden arbeiten, sogar Sonntags ist im Kanal gearbeitet worden. Aber in städtischen Betrieben müssen immer wieder Leute entlassen werden — wegen Mangel an Arbeit.“

Die Arbeiter haben die Ansicht, daß durch solche Zustände Ungerechtigkeit unter ihnen gestiftet werden soll, um Grund zu Entlassungen zu haben.“

Wir geben den Arbeitern unter den obwaltenden Umständen gern Gelegenheit zur Klärung auf die Unrichtigkeit. Damit ist die Sache aber nicht erledigt. Die Arbeiter müssen sich noch vielmehr als bisher um ihre Organisation kümmern, dann werden sie oben schon eher gehört werden. Der Rath soll, aber im Interesse des guten Einvernehmens mit den Arbeitern doch endlich einmal energisch Abhilfe gegenüber den immerwährenden Klagen der Gasarbeiter schaffen.

Eine neue Organisation existiert seit Samstag, den 7. September in Mannheim. In einer Versammlung im Lokal der Witwe Reinhard haben circa 20 Arbeiter des Gaswerks Lindenhof, die bisher der Zählstelle I der städtischen Arbeiter angehört, beschlossen, sich als „freie Gewerkschaft“, unabhängig vom Verbande der in Gemeinbesitz befindlichen Arbeiter und Unterangestellten, zu konstituieren. Ueber Ziel und Zweck der neuen Vereinigung verläßt vorläufig noch nichts. Allem Anschein nach jedoch dürfte ihr Hauptzweck der sein, möglichst viel Uneinigkeit und Verwirrung in die Reihen der städtischen Arbeiter zu tragen. Welche Elemente sich zu diesem edlen Zweck hier vereinigt haben, ergibt sich schon daraus, daß sie den von der Zählstelle I wegen Gegenagitation aus dem Verbande ausgeschlossenen Herrn Reinhard Schäfer zum Vorsitzenden gewählt haben, auf dessen Rechnung das Entstehen der neuen Lokalorganisation auch ganz allein zu legen ist. Dieser Herr Schäfer war früher Schriftführer der Zählstelle I, welches Amt er auch zur allgemeinen Zufriedenheit versah. Seit Anfang dieses Jahres jedoch gefaßt er sich in all'ehndem Streupflügen. Bekannt ist, daß die Feuerhausarbeiter des Gaswerks Lindenhof im Mai 1900 durch Streik den Achtundzweigtz erzwungen haben, während die Gasarbeiter noch 10 Stunden arbeiten. Der Anfangslohn für Feuerhausarbeiter beträgt 3.90 M und steigt mit dem Dienstjahre bis zu 4.60 M. Gasarbeiter erhalten 3.30 M. Neueintretende jedoch nur 3 M. Man ist durch die Inbetriebnahme des neuen Gaswerks Ugenberg ein großer Teil der Feuerhausarbeiter in das neue Lindenhof überführt worden und werden die jüngeren mit Gasarbeit beschäftigt. Diese erhalten den Lohn der Gasarbeiter von 3.30 M. Einige derselben stellen im März d. J. in einer Versammlung der Zählstelle I den Antrag, beim Stadtrat dahin vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß mit den Feuerhausarbeitern unter den Arbeitern wegen des höheren Verdienstes abgemesselt werden möge, mit anderen Worten, dasselbe System wieder einzuführen, das vor dem Streik bestanden hatte.

Dieser Antrag wurde damals von Schäfer aufs bestmögliche bekämpft und bestand sein Hauptargument darin, daß bei einer eventuellen Vermittlung dieses Antrags durch den Stadtrat auch der Zweijahresbeitrag wieder eingeführt werden würde, wodurch die einjährige Ertragslosigkeit der Feuerhausarbeiter, die durch den Streik vom vorigen Jahre erzielt worden ist, illusorisch würde. Da hieran niemand zweifelte, wurde der Antrag abgelehnt. Später trat jedoch ein bemerkenswerter Umstand in der Sache ein. Als er selbst in den Hof verlegt wurde, agitierte er für diesen Antrag, versah eine diesbezügliche Eingabe und schickte sie mit den gesammelten Unterschriften, ohne dieselbe einer Versammlung unterbreitet zu haben, an den Stadtrat, von dem sie jedoch einfach abgelehnt wurde. Vorher schon war er auf die Idee verfallen, in Mannheim eine Lokalorganisation zu gründen. Mit diesem dahingehenden Antrag wurde ihm jedoch in der betreffenden Versammlung gebührend beimgehört und derselbe einstimmig abgelehnt. Von nun an arbeitete er im Geheimen mit Hochdruck an der Verwirklichung seines Planes und da es jetzt genug von denen giebt, die nicht alle wissen, brachte er denn auch ungefähr 20 Mann zusammen, die nun den vierteljährlichen Haupttag der städtischen Arbeiter repräsentieren. Hauptgeschäft wurde diesen Leuten von Schäfer vorgelassen, von dem Gehe, das nach Berlin abgelehnt werden muß, kam ja doch nie wieder etwas zurück, als Lokalorganisation könnten sie dasselbe ganz hierdurch. Ebenso sparten sie die hohen Verwaltungskosten, zum Beispiel bezog der Verbandssekretär allein die dortige Summe von 2000 M. Zu bemerken ist noch, daß ein Teil der neuen Mitglieder mit ihren Beiträgen für die Zählstelle I bedeutend im Rückstande sind und die Namen derselben ebenfalls noch bekannt gegeben werden. Es bleibt nun abzuwarten, wie die Sache sich weiter entwickelt. Daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, dafür werden die organisierten Kollegen schon sorgen. Die Möglichkeit ist ja immerhin vorhanden, daß Schäfer noch ein paar Mitglieder der Zählstelle VI gewinnt, indem sich im Gaswerk Ugenberg ähnliche Vorgänge abspielen, was die, die es Schäfer ermöglicht haben, auf dem Lindenhof einige Änderungen zu gewinnen. Auch bei einer Zählstelle dürfte vielleicht noch einige Aussicht vorhanden sein, doch kann dieses darüber jetzt noch nicht gesagt werden. Mehr als das doppelte ihrer jetzigen Mitgliederzahl wird die neue Organisation wohl kaum jemals erreichen. Dehauerlich ist nur, daß ein Mann von den Fähigkeiten Schäfers seine Kraft einer so unsicheren Sache widmet. Ob es nun persönliche Egoisten ist oder ob noch andere Motive dabei eine Rolle spielen, will ich dahingestellt sein lassen, zum Schaden der Arbeiter aber wird es auf alle Fälle ausfallen, wenn in einer Zeit, wo ihre Interessen mehr denn je den Zusammenschluß in großen Zentralorganisationen fordern, in dieser Weise dagegen gearbeitet wird und solche Miniaturorganisationen ins Leben gerufen werden.

Berantw. Redakteur: Dr. Poersch, Berlin, Winterfeldstr. 26.  
Druck von Maurer & Hummel, S., Coulten-Ufer 11.